

netenhaus gewählt worden war und 1985 nach manchem Parlamentshappening für vier Jahre in seinen Job am Kreuzberger Urban-Krankenhaus zurückkehrte, nennt sich und seine Partei mittlerweile „realitätstüchtig“.

Köppl ist nicht der einzige aus der bunten Riege von einst, die ihre SPD-Gesprächspartner heute staunen macht. In den Verhandlungen fechten grüne Radikale wie der frühere RAF-Verteidiger Hans-Christian Ströbele, 49, auf einmal für die „von vielen Menschen erwünschte Kooperation zwischen beiden Parteien“; Ströbele hat sich beim SPD-Altredenen Erich Pätzold bereits das Prädikat „besonnen, hilfreich“ verdient. Auch der frühere Trotzist Harald Wolf, einer der AL-Verhandlungsführer, kann sich neuerdings eine „rote Politik mit grünen Einsprengeln“ vorstellen. Und vier Senatorenposten wollen sie auch.

Die alternative Gründergeneration wird in der kommenden Fraktion den Ton angeben. 6 der 17 AL-Abgeordneten rücken zum zweiten Mal ins Parlament ein, zwei weitere hatten zuvor Mandate in Bezirksverordnetenversammlungen.

Angestammte Berliner SPD-Parlamentarier erinnern sich mit Grausen früherer Auftritte dieser radikaldemokratischen Kollegen mit dem widerborstigen Igel im Emblem. Die Sozialarbeiterin Heidi Bischoff-Pfanz, 46, beispielsweise, Ausländerexpertin und zuletzt Spitzenkandidatin der AL, demonstrierte 1986 zivilen Ungehorsam als Initiatorin einer „Aktion Fluchtborg“, die ausweisungsbedrohte Ausländer vor der Polizei versteckte.

Die Juristin Renate Künast, 33, die noch unlängst die „Abschaffung der Gefängnisse“ postulierte, oder der Sozialarbeiter Michael Haberkorn, 42, der als Abgeordneter Obdachlose ins Rathaus Schöneberg lud und dort auf Fraktionskosten bewirtete, sind konservativen Volksvertretern der etablierten Parteien ebenso unheimlich wie andere Neulinge.

Da ist die Debütantin Lena Schraut, 43, eine Lehrerin, die in öffentlicher Aktion ihren Personalausweis durch Waschen unleserlich machte. Oder die Politologin Sabine Weißler, 30, die für das Kulturprojekt „KuKuCK“ warb, eines der letzten besetzten Häuser.

Mit einer der alternativen Parlamentarierinnen hat sich der Wissenschaftssenator schon vor Gericht angelegt. Die Dozentin Hilde Schramm, 52, engagiert für Friedensbewegung und Faschismus-Opfer, mußte sich ihren Lehrauftrag an der Fachhochschule für Wirtschaft vor dem Obergericht erstreiten.

Senator George Turner hatte die Karriere der Frau teilweise „rechtswidrig“ (Gerichtsurteil) blockiert und sich geweigert, die Parlamentstätigkeit für die AL als die vom Hochschulgesetz geforderte außerschulische Praxis anzuerkennen. Hilde Schramm, Tochter von Hitlers Rüstungsminister Albert Speer, soll in der

AL-Fraktion als Hochschulexpertin wirken und zur ersten alternativen Parlamentsvizepräsidentin gewählt werden.

In der stark kopflastigen AL-Fraktion überwiegt das Bildungswesen, 6 Parlamentarier sind Lehrer, Erzieher oder Dozenten; insgesamt 10 der 17 Abgeordneten sind bei öffentlichen Arbeitgebern beschäftigt. Einziger Werkträger in der AL-Fraktion ist der Schweißer Benedict Hopmann, 39.

Nicht ohne Neid sehen die Sozialdemokraten, wie sich der „vielschichtige Haufen“ (so Momper kurz vor der Wahl über die AL) zu einer relativ disziplinierten Arbeitseinheit zu formieren beginnt. „Wir sind im politischen Clinch trainiert“, freut sich der Abgeordnete Köppl, der es wissen muß. Denn der Kreuzberger Mediziner, beruflich Narkosearzt auf der Intensivstation, hat seinen Parteifreunden bis in die jüngste Zeit mancherlei Schmerz bereitet.

So sorgte Köppl durch Radikalforderungen zur Berlin-Förderung vorletzte Woche für die erste große Verstimmung unter den Verhandlungspartnern. Wenig später forderte die von ihm initiierte Reale-Riege „Grüne Panther“ die Köpfe der Kollegen, die sich auf verhängnisvolle Weise geäußert hatten: Die AL-Verhandlungsführer Harald Wolf und Birgit Arkenstette stellten vor einer grünen Runde in Bonn durch vorschnelle Äußerungen über das „Gewaltmonopol des Staates“ in Frage, was von ihnen kurz vorher noch am Berliner Tisch akzeptiert worden war; damit veranlaßten sie die Sozialdemokraten zum vorübergehenden Verhandlungsstopp.

Doch die Abrechnung auf dem Delegiertentag am Mittwoch letzter Woche blieb aus. Weder durch die „zwei Sätze von Bonn“ noch durch Köppls Störer

ließ die AL-Versammlung sich davon abbringen, die grundsätzliche Einigung mit der SPD zu akzeptieren. Bis kommenden Sonntag wollen beide Parteien ein Koalitionsprogramm vorlegen.

Vielen Sozialdemokraten ist nicht ganz wohl angesichts der neuen Bündnispartner, die vor kurzem noch, wie SPD-Unterhändler Norbert Meisner spottet, „das Widerstandsrecht an der roten Verkehrsampel“ im Schilde führten – tiefgehende Differenzen bei Reizthemen wie Ku'damm-Gewalt, Hungerstreiks und Wirtschaftsverfassung sind geblieben.

Ein banger SPD-Oberer ahnt schon, daß demnächst „ein AL-Senator bei der Demo gegen den Besuch des neuen US-Präsidenten in der ersten Reihe marschiert“.

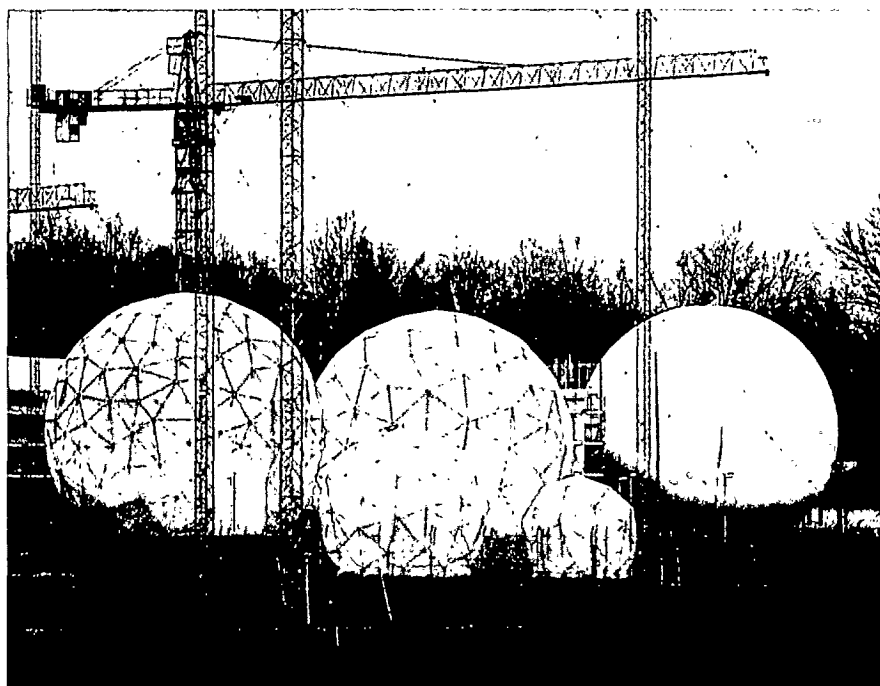
## GEHEIMDIENSTE

### Des öfteren recht

**Wider besseres Wissen dementiert die Bundesregierung, was sogar die CIA zugibt: Amerikas Supergeheimdienst NSA hört deutsche Telephone ab.**

Zur Sitzung des SPD-Fraktionsvorstandes erschien der Vorsitzende Hans-Jochen Vogel am Montag letzter Woche mit einem Bündel Papier. Demonstrativ hob er den Stapel hoch, ließ ihn auf den Tisch fallen und gab die Weisung: „Das muß untersucht werden.“

Obenauf waren Kopien der SPIEGEL-Titelgeschichte über Lauschangriffe des amerikanischen Geheimdienstes



NSA-Laushstation bei Bad Aibling: „Mit Partnerschaft nichts zu tun“

„National Security Agency“ (NSA). Die Lektüre verdarb einem CSU-Staatssekretär das Frühstück. „Das ist unglaublich“, empörte sich der Bayer, „wir sind ja kein freies Land mehr.“

Weniger empört, dafür erwartungsvoll, reagierten Eingeweihte. Wann denn der nächste Bericht erscheine, wollte ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) wissen, „die Wirklichkeit“ sei doch „noch viel schlimmer“.

Schlimm genug, was den Amerikanern bislang schon an Abhöraktivitäten nachzuweisen war: Die NSA, der größte und geheimste aller US-Nachrichtendienste, hört regelmäßig und massenhaft auch private Telefongespräche in der Bundesrepublik ab. Die US-Lauscher, so steht es in Unterlagen des amerikanischen Kongresses, interessie-

ren sich für Wirtschaftsdaten ebenso wie für Details aus dem Leben prominenter Deutscher; auch Gespräche von Bürgern, „die in Proteste gegen ihre Regierung verwickelt sind“, werden mitgeschnitten.

In Dutzenden von Abhörstationen, die von Schleswig bis zum oberbayerischen Bad Aibling über die gesamte Republik verteilt sind, tastet die NSA die Richtfunkstrecken der Bundespost ab. „Die heben alles auf, was sie hören“, berichtet ein früherer NSA-Mann, und sie lassen mitunter deutsche Geheimdienstler an ihrem Wissen teilhaben.

Doch die Bundesregierung, die nach der Libyen-Affäre jeden Konflikt mit den USA vermeiden will, stellt sich ahnungslos. Man habe, so der notorisch unwissende Regierungssprecher Friedrich Ost, „keine Hinweise“ dafür, „daß

die USA oder die anderen Alliierten das innerstaatliche Recht nicht beachten“.

In der aktuellen Stunde des Bundestags gingen, vergangenen Freitag, zwar die Grünen den „amerikanischen Abhör-Multi NSA“ (so die Abgeordnete Angelika Beer) frontal an. Und der SPD-Sprecher Wilhelm Nöbel gab zu bedenken, der SPIEGEL habe „ja des öfteren recht gehabt“. Doch die Regierung, die Staatsminister Helmut Schäfer vom Auswärtigen Amt zum Dementieren vorschickte, blieb bei ihrer Linie: „Eigenmächtige Abhöraktionen“ der Alliierten seien „nicht bekannt“.

Da wird sich Schäfer korrigieren müssen. Zuletzt in der Affäre um die mit deutscher Hilfe gebaute Chemiewaffenfabrik im libyschen Rabta versorgte die NSA den BND permanent mit

## „Bremen Greens und socialists“

US-Geheimdienstler spähen auch Parteien und Abgeordnete aus

Im Bremer Restaurant „Die Glocke am Dom“ kam der amerikanische Besucherzielstrebig zur Sache. Konsul Russell L. Frisbie vom US-Generalkonsulat in Hamburg wollte vom Bremer Grünen-Fraktionsvorsitzenden Martin Thomas, 38, wissen, ob „die Grünen denn jetzt alle geheimen Informationen bekommen“. Thomas: „Da hat es bei mir geklingelt.“

Mehrmals hatte der Diplomat den grünen Realpolitiker bei Empfängen in Hamburg und in Bremen zum „politischen Meinungsaustausch“ getroffen. Unverhofft erhielt Thomas, einst Anti-Vietnam-Demonstrant und KPD-Mitglied, dann eine Einladung der „United States Information Agency“ zu einer 30-tägigen „Informationsreise“ durch die USA. Aus Bonn übermittelte US-Botschafter Richard Burt dem friedenspolitischen Sprecher der Bremer Grünen eine „offizielle Einladung“ Washingtons.

Die Mühe gilt einem Grünen mit Sonderstatus. Denn seit 1987 sitzt Thomas neben einem SPD- und einem CDU-Abgeordneten in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) der Hansestadt, die auch den Verfassungsschutz überprüft.

Im Bundestag wird den Grünen der Anspruch, über die Aktivitäten der Geheimdienste informiert zu werden, von der Regierungskoalition verweigert. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht bestätigte 1986, daß eine Parlamentsmehrheit eine kleine Partei etwa aus dem G-10-Ausschuß, dem demokratischen Gremium zur Kontrolle von offiziellen Lauschaktionen, fernhalten darf.

Eine solche „Diskriminierung“ (Verfassungsrichter Ernst-Gottfried Mahrenholz) lassen die Bremer seit der letzten Wahl nicht mehr zu. Erstmals in einem

Bundesland beteiligen sich nun die oppositionellen Grünen an der Aufsicht eines Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV). Amtschef Walter Wilhelm: „In der PKK ist Herr Thomas der Fleißigste.“

Das müssen auch die alliierten Nachrichtendienste erfahren haben. Denn kaum hatte der Grüne die ersten vertraulichen Akten gelesen, rückte er selbst ins Visier amerikanischer Späher. In einem „Confidential Working Paper“ trug ein militärischer Aufklärungsdienst Erkenntnisse über die „Bremen Greens“ zusammen:

Die Grünen können über das LfV einen vielfältigen Zugriff auf die Erkenntnisse der Nachrichtendienste haben. Welche Arbeitsbeziehungen unterhält der Bremer Verfassungsschutz mit anderen ausländischen Diensten? Angesichts ihrer ausgesprochen anti-amerikanischen Einstellung könnten die Grünen in der PKK eine Mehrheit herbeiführen und damit die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit behindern.

Die Analyse stützt sich auf angebliche Meinungsunterschiede im Bremer Landesamt für Verfassungsschutz, die der US-Dienst so darstellt:

Führende Beamte des Staatsschutzes sind über die aktuellen Entwicklungen besorgt. Sie stimmen nicht mit einer Minderheitsposition im Bremer LfV überein, daß ein Grüner in der PKK die Vertraulichkeit über geheime Angelegenheiten wahrt.

In der Spitzel-Tätigkeit der amerikanischen Dienststellen sieht der Abgeordnete Thomas eine „klare Mißachtung eines frei gewählten Parlaments“. Zwar fehlt den Deutschen 44 Jahre nach Kriegsende noch immer die volle Souveränität. So ist der Verfassungsschutz nach Artikel 3 des Zusatzabkommens zum Truppenstatut von 1961 verpflichtet, zur „Förderung



Geheimdienst-Kontrollleur Thomas  
„Klare Mißachtung des Parlaments“

und Wahrung der Sicherheit“ der Bundesrepublik mit US-Diensten zu kooperieren. Einer Ausforschung von Parteien oder Parlamenten aber fehlt jegliche gesetzliche Grundlage.

„Über meinen Schreibtisch“, versichert Bremens LfV-Chef Wilhelm, 44, „ist eine solche Anfrage der Amerikaner nicht gegangen. Sie würde auch abgelehnt.“

Mehr Kooperationsbereitschaft zeigt dagegen die Bundeswehr. Von den Wehrbereichskommandos und dem Territorialkommando Nord, Abteilung G 2, gehen regelmäßig „Monatsberichte zur regionalen Sicherheitslage“ an US-Dienststellen. In klassifizierten Dokumenten („VS – Nur für den Dienstgebrauch“) berichten die Militärs von „Demonstrationen, Schmier- oder Flugblattaktionen“ bis zu „Ausspähung, Spionage, Brandstiftung, Eindringversuchen oder Waf-

Lauschergebnissen auch aus der Bundesrepublik. Und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann weiß sehr wohl, was deutschen Beamten schon beim Umgang mit Dokumenten der niedrigen Geheimhaltungsstufe „VS – vertraulich“ geraten wird: kein Wort am Telefon, weil „fremde Dienste“ mithören.

Längst wissen die deutschen Stellen auch, daß nicht nur die Amerikaner mit in der Leitung hängen, wenn in der Bundesrepublik telefoniert wird. Franzosen und Engländer hören ebenfalls mit, wo und wann immer sie können. Die Briten, weiß ein BND-Insider, verfahren mit dem deutschen Fernmeldegesetz sogar „besonders hemdsärmelig“.

Die Bonner Sozialdemokraten, die seit geraumer Zeit eine große Anfrage zur deutschen Souveränität im eigenen Lande vorbereiten – Titel: „Gleichbe-

rechtigte Partnerschaft im Bündnis“ –, nahmen vergangene Woche rasch noch sieben Fragen über die Rechte der „Drei Mächte“ im deutschen Fernmeldewesen auf.

Die Fragen nach den Aktivitäten fremder Dienste auf deutschem Territorium, meint die stellvertretende Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin, dürfe man „nicht den Rechtsextremen überlassen“. Bei den Alliierten hätten sich „Übungen eingeschlichen, die mit gleichberechtigter Partnerschaft im Bündnis nichts zu tun haben“.

In Bonn, im G-10-Ausschuß des Bundestages, der das grundgesetzlich garantierte Fernmeldegeheimnis zu überwachen hat und letzte Woche zu einer Sondersitzung zusammentrat, richtete sich das Interesse vor allem auf eine Lauscheinrichtung in der Frankfurter Innenstadt.

Die Etage im Gebäude Am Hauptbahnhof 6 war vom Bundesvermögensamt erst letzten Herbst, angeblich im Auftrag des Bundeskanzleramts, gemietet und streng gesichert worden. Hunderte von gepanzerten Telefonleitungen verbinden das Büro mit dem deutschen Fernsprechnotenpunkt in Frankfurt. Die Geschichte der Einrichtung läßt sich, trotz mehrerer Umzüge, zurückverfolgen zu einer rein amerikanischen Abhörstation. Und Amerikaner besuchen auch ständig das neue Büro.

Ein Interview im hessischen Regionalfernsehen weckte vergangene Woche ganz besonders die Neugier der Bonner G-10-Kontrolleure. Ein Reporter hatte einfach an der Tür geklingelt, ein Mikrofon in den Türspalt geschoben und Merkwürdiges aufgezeichnet:

Zum SPIEGEL-Bericht, so die Stimme hinter der Tür, könne man ohne Genehmigung vom Bundeskanzleramt



**SPIEGEL-Titel 8/1989**  
„Das muß untersucht werden“

„erst mal gar nichts sagen“. Dann sei dies, fragte der Reporter zurück, also keine amerikanische, sondern eine deutsche Dienststelle? Antwort: „Richtig. Denn wenn ich sagen würde, amerikanische Dienststelle, dann würden da Rückschlüsse draus zu ziehen sein.“ Ob es denn „Unfug“ sei, daß hier „Telephone abgehört werden“? – „Fragen Sie das Kanzleramt!“

In Frankfurt seien „Dilettanten am Werk“, empörten sich BND-Mitarbeiter über den Fernsehauftritt, bevor sie regierungintern offenlegten, daß ihr Pulacher Nachrichtendienst offiziell Mieter der Frankfurter Räume sei.

Von dort aus werde die „strategische Überwachung“ gesteuert – Geheimdienst-Formel für die totale Telefonkontrolle „ausländischer Residenten-

fendiebstählen“. In ihrer monatlichen Bilanz über „Aktionen der Demotivation/Zersetzung“ erfassen die Militärs „orthodoxe Kommunisten, neue Linke“ sowie „Rechtsextremisten“.

In der 7. US-Versorgungseinheit (Supcom) im nordrhein-westfälischen Rheinberg dienten solche Sicherheitsberichte als Vorlage für das Bremer Grünen-Dossier. Zur Abwicklung der großen Reformer-Manöver war die logistische Nachschubtruppe von Kaiserslautern an den Niederrhein verlegt worden. Seitdem kümmern sich die US-Soldaten nicht nur um Klopapier und Panzermunition, sondern auch um den politischen Feind.

Hinter dem Sicherheitszaun der Reichel-Kaserne sorgt sich Standortkommandant Frank Henderson etwa um Aktionen von Sozialdemokraten – bündig als „socialists“ bezeichnet.

Selbst die kurzzeitige Blockade der Rheinbrücke bei Rheinhausen durch Stahlarbeiter im vorletzten Jahr wurde als „Sicherheitsrisiko für die Transportwege“ eingeschätzt.

„Great“, kommentierte denn auch der US-Kommandant die Vorlage des Grünen-Berichts durch einen „Intelligence Officer“. Als „NF“ (Non Foreigners)-Dokument ist es nicht einmal den deutschen Dienststellen zugänglich. „Zwischen den deutschen und amerikanischen Dienststellen“, weiß ein Insider, „besteht in der Regel eine Einbahnstraße.“

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wiegelte Anfang 1988 eine Bundestagsanfrage zu den US-Diensten mit der Bemerkung ab, die Materie sei „für eine öffentliche Beantwortung nicht geeignet“. Statt dessen verwies der Minister auf die für die Kontrolle der Nachrichtendienste eingerichtete Kontrollkommission. „Da bleibt die Frage“, sagt PKK-Mitglied Thomas, „wer kontrolliert die Amerikaner?“



**US-Geheimdienststutz in Frankfurt:** „Fragen Sie das Kanzleramt“

ren“. Doch nicht nur dies. In der Frankfurter Lauschstation sitzen, wie im Bundesinnenministerium inoffiziell eingestanden wird, „auch die Amerikaner“ – die mithin deutsche Gesetze sogar mit amtlicher Bonner Duldung brechen.

Ein Geheimnis macht daraus nur die Bundesregierung. Der Frankfurter CIA-Resident Hans Lienhard, dessen Organisation auch Lauschaufträge an die NSA vergibt, zum SPIEGEL: „Das weiß doch jeder, was wir hier machen.“

## WOHNUNGSNOT

### Goldener Osten

**Oppositions- und CDU-Politiker werfen Helmut Kohl einen fatalen Doppel-Fehler vor: Seine aktive Aussiedlerpolitik und seine passive Wohnungsbaupolitik addieren sich zu „sozialem Sprengstoff“.**

Rudolf Fischer, Staatssekretär im niedersächsischen Bundesratsministerium, gab dem ZDF-Showmaster Frank Elstner heftig eins auf die Nase.

Drei Wochen nachdem Elstner sein Millionen-Publikum aufgefordert hatte, Wohnungen für Ost-Aussiedler zur Verfügung zu stellen, urteilte der freidemokratische Staatssekretär, die Aktion sei ein „reines Showelement“ gewesen; sie habe „viel Ärger und nur wenig Wohnungen gebracht“.

Auf den Appell in Elstners vorletzter „Nase vorn“-Sendung, laut Fischer „eine völlig unkoordinierte Aktion“, waren großenteils Wohnungen gemeldet worden, die den Behörden längst bekannt und als stark übersteuert oder sonstwie ungeeignet abgelehnt worden waren, darunter ein verfallenes Schloß.

Fachleute waren über den Fehlschlag alles andere als erstaunt: Westdeutschlands Wohnungsmarkt ist seit Monaten total überlastet; die jüngste Volkszählung ergab, daß rund eine Million Wohnungen fehlen. Schon spricht der Deutsche Städtetag von „akuter Wohnungsnot“ in den Ballungszentren, das Diakonische Werk warnt: „Wir steuern auf eine Katastrophe zu.“

Mit Entsetzen beobachten Koalitionspolitiker, wie sich die jüngsten Trends auf dem Wohnungsmarkt und in der Aussiedlerpolitik zu einem fatalen Doppel-Fehler addieren, dessen Auswirkungen die Regierung Kohl bei der nächsten Wahl womöglich die Mehrheit kosten:

▷ Die Entscheidung der christliberalen Koalition, den sozialen Mietwohnungsbau 1986 einzustellen, hat dazu beigetragen, daß, vor allem in Großstädten, Zehntausende von Wohnungssuchenden in den Notfallkategorien stehen; insgesamt eine Million Westdeutsche müssen bereits unter unzumutbaren Bedingungen hausen (SPIEGEL 50/1988).

▷ Die Bonner Regierungspolitik, Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjet-Union mit stattlichen Rentenanwartschaften sowie Sozialhilfe-, Wohngeld-, Arbeitslosen- und Lastenausgleichszahlungen willkommen zu heißen, lockt allein in diesem Jahr 300 000 bis 350 000 Zuzügler aus dem Osten auf den eng gewordenen westdeutschen Wohnungsmarkt (SPIEGEL 7 und 8/1989).

„In unübertrefflicher Plumpheit“ habe Kohls Regierung auf diese Weise „gefährlichen sozialen Sprengstoff“ angehäuft, urteilte letzte Woche der baden-württembergische SPD-Fraktionschef Dieter Spöri. „Immer häufiger“ würden „Einheimische, die seit Jahren vergeblich nach einer Wohnung suchen, vor die Tatsache gestellt, daß sie zusehen müs-

in den nächsten Jahren eine „kluge Politik“ gegen das „verschärfte Wohnungsproblem“ – „falls wir in Bonn Verantwortung behalten“, wie der Abgeordnete nicht eben zuversichtlich hinzufügte.

Besonders schlimm für Kohls Koalition: Was immer sie jetzt einleitet, um die brisante Problem-Mixtur Wohnungsnot plus Aussiedlerzuzug zu entschärfen – der Wohnungsmarkt entspannt sich „auf keinen Fall vor 1990“ (Kansy), also nicht mehr rechtzeitig zum Wahltermin Ende nächsten Jahres.

Das gilt für die angestrebte Aufstockung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau um 450 Millionen auf 1,5 Milliarden Mark im kommenden Jahr ebenso wie für die geplante Erhöhung des Wohngeldes um 20 Prozent zum 1. Juli 1990.



UdSSR-Aussiedler im Lager: „Wir steuern auf eine Katastrophe zu“

sen, wie sie gegenüber Aussiedlern das Nachsehen haben“. Spöri: „Bonns Politik schürt fahrlässig den Sozialneid.“

Nicht erst seit dem politischen Erdbeben in Berlin, wo die fremdenfeindlichen Republikaner die Christliberalen um die Mehrheit brachten, rechnen CDU- und CSU-Politiker für die nächste Bundestagswahl mit dem Schlimmsten: Neueste Umfragen zeigen, daß kein anderes Thema, weder die Umwelt noch die Arbeitslosigkeit, die Bundesbürger zur Zeit so sehr bewegt wie der Zuzug von Fremden. Der Zorn über die ins Land geholten Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt könnte sich in massiven Stimmenverlusten für CDU, CSU und FDP entladen.

„Es sitzt ein Kind am Brunnenrand“, warnte Ende letzten Jahres, per vertraulichem Brief, der CDU/CSU-Wohnungsbau-Experte Dietmar Kansy den Kanzler (siehe Kasten): Notwendig sei

Während Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor wohnungspolitischem „Aktionismus“ warnt, brachte die SPD am vorigen Donnerstag im Bundestag ein „Sofortprogramm für eine aktive Wohnungspolitik“ ein.

Auch der Deutsche Städtetag hält ein großangelegtes Bauprogramm, mit einem Investitionsvolumen von sechs Milliarden Mark jährlich, für notwendig; Mieterbund und IG Bau verlangen sogar zehn Milliarden.

Nur wenig Entlastung bringt der letzte Woche verkündete Beschluß der Bundesregierung, drei neue Aufnahmелager für Aussiedler einzurichten. Angesichts der Dreitmillion Zuzügler, die dieses Jahr erwartet werden, wirken solche Lösungen armselig.

Bitter rächt sich nun für die Bonner CDU/FDP-Koalition der Stopp des Sozialwohnungsbaus, den Bauminister Oscar Schneider (CSU) damit begründete,